

KERAMISCHER

VII/Nr. 45 BERLIN
5. NOV.
1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich:
Edwin Nenninger. Verlag: Hermann Grunzel, beide
Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm
5646 und 5647. Druck: A. Janiszowski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMIK- UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Wochen-Ereignisse

Hitler ist mit seinem Flugzeug kürzlich auf dem Flughafen in Essen-Mülheim gelandet, zu dem Zwecke eine Unterredung mit dem Großindustriellen Fritz Thyssen zu führen. Währenddessen in Berlin und anderswo die Arbeiter und Kleinbürger mit radikalen Phrasen und Forderungen seitens der Naziredner besoffen gemacht werden, konfiziert der Führer mit Vertretern der Schwerindustrie. Vielleicht fand diese Unterredung statt, um der schwadronistischen Parteikasse neue Mittel zuzuführen. Es ist anzunehmen, daß die Unternehmer den Nazis gegenüber nicht mehr so gefeindlich sind und die Ebbe in der Parteikasse irgendwie überwunden werden muß. Inwiefern ist es bezeichnend, daß der Führer einer Arbeiterpartei im geheimen mit Großindustriellen konferiert.

23 Reichswahlvorschläge waren bis zum 23. Oktober, dem Fristtermin, beim Reichswahlleiter in Berlin eingegangen. 21 wurden zugelassen.

Die Beschäftigungslage in Deutschland hat sich nach den Angaben des Instituts für Konjunkturforschung im September etwas gebessert. Dieses trat die Feststellung: 1. In den Produktionsgüterindustrien ist die Beschäftigung im September nicht weiter zurückgegangen; 2. in der allerdings spärlichen Bauwirtschaft dauert die Saisonbelebung länger als in den Vorjahren an; 3. in den Verbrauchsgüterindustrien ist die Beschäftigung zum Teil nicht unbedeutend gestiegen; 4. die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden hat stärker zugenommen als die Zahl der Arbeiter, so daß in einer Reihe von Industriezweigen die tatsächliche Arbeitszeit erhöht wurde.

Nach der Zahl der bei den Krankenkassen angemeldeten Krankenkassenpflichtigen Arbeitnehmer ist die Zahl der Beschäftigten im September gegenüber dem Monat August um 80.000 gestiegen, während im Vorjahre eine Abnahme der Beschäftigten um 250.000 zu verzeichnen war.

Der Verband der deutschen Waren- und Kaufhäuser war in seiner Zeitschrift Nr. 40 vor weiterer Vernichtung von Massenkaufkraft durch folgende Worte: „Es ist höchste Zeit, daß die Stabilisierung der Einzelhandelsumsätze kommt. Die Reichsregierung darf vor Änderungen der Teile der Neuordnung nicht zurückweichen, die sich als eine zu starke Belastung des Arbeitsgemeinschaftsbereichs herausstellen.“ Diese Warnung ist zeitgemäß. Wir befürchten nur, daß sie taube Ohren findet.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die in den ersten Jahren Milliardenzuschüsse von Reich, Ländern und Gemeinden erhielt, macht jetzt, wo die Unterstellungen so stark gekürzt und die Unterstützungsdauer so erheblich verringert wurde, Überschüsse. Im ersten Halbjahr 1932 wurden 100 Millionen RM gutgemacht, im zweiten Halbjahr soll der Überschuß 200 Millionen RM betragen. 600.000 Arbeitslose könnte die Reichsanstalt aus eigenen Mitteln mehr unterstützen, sie tut das aber nicht, weil der Staat nach Papen für die Arbeitslosen keine Wohlfahrtsanstalt sein soll. Die Prämien und Geschenke an die Unternehmer ist eine andere Sache. Die Unternehmer sind eben unterstützungsbedürftiger als die Arbeitslosen. Und in diesem Sinne handelt die Regierung Papen.

28 Hüttenarbeiter wurden bei der Wiederbetriebsetzung der stillgelegten Hochöfen der Maximilianshütte in Rosenberg in der Oberpfalz Opfer einer Gasvergiftung. Lebensgefahr bestand zum Glück bei den Betroffenen nicht.

Die Freikorpskulturschule Adolf Kael, die auch Unterrichtsstätten in einer Anzahl Städte im Reich unterhält, wurde vom Provinzial-Schulkollegium in Berlin auf Grund eines Erlasses des preussischen Unterrichtsministeriums verboten. Das Verbot stützt sich auf eine Ministerialinstruktion vom Jahre 1839.

Englische Arbeitslosenveranstaltungen von verschiedenen Stellen des Landes. Ein Infanterieregiment nach London, der am 27. Oktober in einer großen Kundgebung im Hyde Park in London endete. Die Erregung der Arbeitslosen hat ihren Grund in einer Verschlechterung der Unterstellungsbestimmungen, vor allem in dem Bedürftigkeitsnachweis. Ganz London fand mehrere Tage unter dem Eindruck der Arbeitslosendemonstrationen. Die Regierung soll daraufhin eine Verbesserung ihrer Verordnungen in Aussicht gestellt haben.

Verstaatlicht Schlüsselindustrien!

Die großen Wirtschaftsmächte halten mit Hilfe ihrer Vormachtstellung künstliche Preisüberhöhungen für die wichtigsten industriellen Grundstoffe, für Kohle, Eisen, Baustoffe, Düngemittel und sonstige chemische Erzeugnisse aufrecht und schädigen damit die Gesamtwirtschaft. Der deutsche Inlandselpreis ist doppelt so hoch als der Weltmarktpreis: Kohle, Zement, Industriechemikalien und Düngemittel werden im Inland übersteuert und aus Ausland verschleudert. Durch diese verhängnisvolle Alleinhandels- und Alleinherstellungspolitik wird die Leistungsfähigkeit der verarbeitenden Industrien und der Landwirtschaft beeinträchtigt, und die Arbeitsmöglichkeiten in Stadt und Land werden noch weiter verringert.

Willkürherrschaft, Monopol, offene und Machtkämpfe der einzelnen Trustgruppen haben gewaltige wirtschaftliche Schädigungen verursacht, eine riesige Ueberausdehnung und enorme Fehlgeldanlagen

herbeigeführt. Das Erzeugungsvermögen der Schlüsselindustrien ist durch diese Mißwirtschaft phantastisch überentwickelt worden, bis zu 100 v. H. über die jemals erreichte Höchstleistung. In der Stahl-, Eisen- und Kohle-Industrie sind in der Nachkriegszeit Milliardenbeträge verbaut, verrationalisiert und vergeudet worden. 300 Millionen Reichsmark Fehlinvestitionen durch überflüssigen Neubau von Kokereien, 300 Millionen Reichsmark durch unsinnigen Ausbau der Zementwerke, ebensoviel vergeudet durch das Stickstoffieber im Macht- und Quotenkampf der Konzerne — das ist die Bilanz der Willkürherrschaft in den Bollwerken der kapitalistischen Vormachtstellung.

Durch diese Mißwirtschaft sind in der Montanindustrie und den anderen Schlüsselindustrien schwerste Krisenherde entstanden, die Arbeiter liegen auf der Straße, der Staat, das heißt die Allgemeinheit, muß die Verluste tragen,

100 Millionen Reichsmark würden bereits zur Stützung des Flick-Konzerns, der den Stahltrust beherrscht, aufgewandt und Dutzende von Millionen zur Sanierung anderer Industrien.

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie verlangen die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, die Überführung der natürlichen Bodenschätze sowie der ausschlaggebenden Grundstoffindustrien in Gemeineigentum. Diese Verstaatlichung und planmäßige Wirtschaftsführung der Schlüsselindustrien, die die Grundlagen des modernen Wirtschaftslebens bilden, ist nach dem Unheil, das die Privatmonopole angerichtet haben, zu einer Existenzfrage für Staat und Volk geworden.

Nur wenn die Allgemeinheit über die Kommandohöhen der Wirtschaft verfügt, kann eine planmäßige Wirtschaftsführung an Stelle des heutigen Wirtschaftsdurcheinanderfahrens, eine Bedarfsdeckungswirtschaft an Stelle der heutigen Profitwirtschaft angewandt und damit zugleich die Wiederkehr der furchtbaren Wirtschaftskrisen verhütet werden.

Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien ist eine Etappe zum Endziel der sozialistischen Planwirtschaft, eine Etappe, die nur dann erreicht werden kann, wenn die sozialistische Arbeiterbewegung den Kampf um die politische Macht bei jeder Gelegenheit und auch in diesem Wahlkampf unter dem geschlossenen Einsatz aller ihrer Kräfte führt. Nur wenn die sozialistische Arbeiterbewegung die Macht im Staate wiedererobert und behauptet, wird der Weg zur Planwirtschaft frei.

Die Nazis nennen sich zwar auch „sozialistische Arbeiterpartei“, aber ihr Sozialismus ist Scheinsozialismus und Volksbetrug. (Siehe auch die Notiz „Nazis gegen Planwirtschaft“) Herr Thyssen und andere „Wirtschaftsführer“ der Schwerindustrie sind die Gönner und Geldgeber dieser „Arbeiterpartei“.

Nur die kämpfende klassenbewußte Arbeiterbewegung wird den Umbau der Wirtschaft erzwingen und damit die Massen aus Elend und kapitalistischer Wirtschaftsnut befreien und ihnen in einer gerechten und vernünftigen Wirtschaftsordnung ein menschenwürdiges Dasein schaffen.

An die Mitglieder der Gewerkschaften! Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 6. November werdet Ihr wieder Euer höchstes Staatsbürgerrecht ausüben.

Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letzte Mal sein, daß ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt Jahrzehnte einer harten politischen Schule hinter Euch. Ihr werdet mit klarem Blick die ungeheuren Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jetzigen Regierung verborgen.

Eure Freiheitsrechte, in einer langen ruhmreichen Geschichte erkämpft, sind aufs äußerste bedroht. Euer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Berlin, 24. Oktober 1932.

Die politische Macht der Arbeiterklasse ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern.

Ein freies Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein.

Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, daß das Volk auch über sein innenpolitisches Schicksal souverän entscheidet.

Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist.

Kämpft für Euro Freiheit! Zeigt allen Gegnern am 6. November, daß Euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist.

Gibt Eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrhaft vertritt.

Alle Stimmen für die Sozialdemokratie.

Der Bundesvorstand

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Volksentscheid am 6. November

Unter obiger Überschrift verbreitet der gewerkschaftliche Pressedienst einen beachtenswerten Artikel des Kollegen Theodor Leipart, aus dem wir folgenden Auszug bringen:

In Ministerreden wird von „überlebten Wirtschaftsformen oder unhaltbaren Besitzverhältnissen“ geredet, aber es wird nichts an ihnen geändert. Die Wirtschaftspolitik dieser Regierung dient der Erhaltung der überlebten Wirtschaftsformen, der Festigung unhaltbarer Besitzverhältnisse, der Unterhöhlung der Volksrechte, der Stabilisierung der Klassenherrschaft der Besitzenden.

Mit anderen Worten: Diese Wirtschaftspolitik ist nur ein Glied in dem größeren Zusammenhang der staatspolitischen Pläne der Reichsregierung. Eben darin besteht ihre Gefahr. Denn diese Pläne sind bestimmt durch eine Auffassung von der sozialen Lebensordnung des Volkes, die in schroffem, feindlichen Gegensatz zu den sozialen Anschauungen, zu den staatspolitischen Zielen der deutschen Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften, wie der Sozialdemokratie steht. Die Regierung findet nicht umsonst ihre Gefolgschaft bei den Anhängern des radikalen Rückschrittes, bei den Verkämpfern des Obrigkeitsstaates, in jenen Krei-

sen, die mit der Hoffnung auf dauernde Erhaltung ihrer Besitzverhältnisse den Willen verbinden, die Grundlagen des sozialen Volksstaates ganz zu zerstören und das freie Volk wieder unter die Botmäßigkeit volksfremder Gewalten zu stellen.

Die gegenwärtige Reichsregierung ist der Repräsentant dieser wahrhaft volksfeindlichen Kräfte. Wäre sie es nicht, sie wäre nicht auf den Gedanken gekommen, ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm mit politischen Maßnahmen zu verknüpfen, die die Grundlagen des deutschen Arbeitsrechts erschüttern, das in Wahrheit das Freiheitsrecht der deutschen Arbeiterschaft ist, aus ihrem Geiste geboren und unter harten Opfern erkämpft. Dieses Freiheitsrecht ist das Wahrzeichen eines neuen Deutschland, in dem die Arbeiterschaft entsprechend ihrer geschichtlichen Leistung für das Volk, als gleichberechtigtes Glied im Ganzen der Nation ihre erste Anerkennung fand. Eine Regierung, die dieses Recht angreift, ist ein Feind der Freiheit der deutschen Arbeiterschaft, sie gefährdet die innere Freiheit, das soziale Selbstbestimmungsrecht der werktätigen Schichten der Nation, sie ist eine Regierung wider das Volk.

Die deutsche Arbeiterschaft kann und wird der Regierung auf diesem Wege nicht folgen.

Ihr staatspolitisches Ziel ist ein freies, ein sozialistisches Deutschland. Um dieses Ziel zu willen hat sie seit Jahrzehnten den Kampf um die politische Macht geführt. Sie weiß, daß in diesem Kampf Rückschläge nicht ausbleiben können. Aber sie weiß auch aus der Erfahrung eines Jahrhunderts, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie auf die Dauer mit jedem ihrer Gegner fertig geworden sind, weil auf ihrer Seite das lebendige Recht der inneren Freiheit unseres Volkes war.

Die deutsche Arbeiterschaft wird daher den Kampf um die politische Macht mit ungebrochener Energie aufnehmen. Der Geist der unerbittlichen und folgerichtigen Gegnerschaft gegen den Kapitalismus, der die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung besetzt, breitet sich aus bis weit hinein in die Reihen der Parteien und Verbände, die heute noch, verblendet von den Lehren falscher Propheten, politische Gegner der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sind. Dieser Antikapitalismus von heute wird der Sozialismus von morgen sein, wenn die deutschen Arbeiter ihren alten Fahnen treu bleiben und ihre Millionen und aber Millionen Stimmen am 6. November wie in den kommenden Kämpfen geschlossen einsetzen, um den sozialen deutschen Volksstaat auf dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft, auf der politischen Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufzubauen.

Der Kampf um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeits- und Tarifrechts

In der großen Gewerkschaftskundgebung am 18. Oktober in Berlin setzte sich neben Tarnow auch der Arbeitsrechtler, Kollege Olorens Nörgel, mit der Papen-Regierung auseinander. Wir bringen, da uns der Platzmangel dazu zwingt, von dieser Rede einen Auszug.

Die Gewerkschaften haben gegen das Wirtschaftsprogramm der gegenwärtigen Reichsregierung vor allem ernsteste Bedenken in löhnepolitischen und sozialpolitischen Hinsicht. Dazu kommen noch die ebenso ernsten Bedenken der Gewerkschaften gegen die tiefgehenden Eingriffe der Reichsregierung in die Rechtsstellung der Arbeiter im Staate sowie in das Tarifrecht und das Arbeitsvertragsrecht.

Die Reichsregierung hat durch ihre Maßnahmen in Rechtsgrundlagen eingegriffen, die gleichzeitig die Grundlagen jedes Staatslebens sind. Durch die vorgenommenen Eingriffe in die Normenwirkung der Tarifverträge, durch die teilweise Beseitigung der Unabdingbarkeit ist die Vertragstreue stark erschüttert worden. Die Gefahren, die in der Beseitigung der Vertragstreue liegen, sind stets von allen verantwortlichen Stellen und auch allen Bevölkerungsschichten stark hervorgehoben worden.

Die Gewerkschaften haben an der Gleichberechtigung der Arbeiterklasse und an der Vertragstreue ein um so größeres Interesse, als ihre Wirksamkeit sich auf sie gründet. Gerade aus diesen Gründen sind es auch die Gewerkschaften, die gar nicht daran denken, sich gegen den Grundsatz der Vertragstreue zu wenden. Aber aus denselben Gründen kann man von den Gewerkschaften wiederum auch nicht verlangen, daß sie ihre Hand zu Maßnahmen bieten sollten, durch die die Gleich-

berechtigung der Arbeiterklasse und die Vertragstreue nicht nur angetastet, sondern bereits beseitigt wird.

20 Millionen deutsche Arbeiter, mit Familienangehörigen die Mehrheit des deutschen Volkes, halten an dieser Gleichberechtigung der Arbeiterklasse unverrückbar fest und glauben an die Vertragstreue. Niemals haben oder hatten die Gewerkschaften die Absicht, die durch den Abschluß dieser Tarifverträge übernommene Friedens- und Durchführungspflicht zu verletzen. Aber gegenüber anderen nicht dem Tarifinhalt entsprechenden Abmachungen gibt es keine Friedenspflicht. Es sind also Gründe staatspolitischer und rechtlicher Art, durch die die Haltung der Gewerkschaften entscheidend bestimmt wird. Unser ganzes Staatsleben, die Zukunft des deutschen Volkes hängt ab von der Erhaltung der Grundrechte, die in der Reichsverfassung gewährleistet sind und für die heute allein die Gewerkschaften einstreten.

Die Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein, daß der gegenwärtige Kampf ein Kampf um die persönliche Freiheit des Arbeiters und ein Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse ist.

Die Arbeiter und ihre Gewerkschaften kämpfen für die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechts. Sie stehen in diesem Kampf so gut wie allein, sie sind nur auf ihre eigene Kraft angewiesen. Deshalb ist Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung gegenwärtig oberstes Gesetz. Die Arbeiter, die bisher abseits standen, werden nun endlich auch begriffen, daß sie sich den Gewerkschaften anschließen müssen, wenn sie nicht rechtlos werden wollen.

Gewerkschaft und Politik

Es gibt Leute, die eine gewisse Abneigung gegen die Betätigung im politischen Kampf haben. Sie können sich nicht zurechtfinden in dem Wirrwarr der Meinungen in dem Streit um politische Grundsätze und Probleme und halten es mit denen, die da meinen: solange wir leben, steht die Welt. Das heißt, man ist wohl mit vielen unzufrieden, was diese unvollkommene Welt bietet, aber man gibt sich einem Fatalismus hin, der im Nichtstun endet. Auch gibt es so grundgescheute Leute, die keine Partei finden, die das Vollkommene ihrer Erkenntnis begriffen

**Die Freiheit ruft!
Millionenschrei:
Das Volk entscheidet!
Liste zwei! Sozialdemokraten!**

hätte. Und so fehlt uns in der Arbeiterschaft jener geschlossene einheitliche Wille, der Großes zu leisten vermag. Diese Schwäche der Arbeiterbewegung wird vielfach ganz folgerichtig von unseren Gegnern ausgenutzt, die Uneinigkeit stärkt die Position unserer Feinde.

Wenn es uns gelänge, dieses alte Uebel auszumerzen und die Erwerbstätigen aus allen Berufen eine geschlossene Kampffront bilden würden, dann wäre uns geholfen. Diese Einheit ist eine Grundlage, auf der die Gewerkschaften aufbauen. Sie wollen die Lebenshaltung des Arbeiters heben, sie wehren sich gegen den Niedergang, sie fassen die Kräfte zusammen, um an Stelle der Willkür in der Lohnfestsetzung das Mitbestimmungsrecht zu setzen. Aber das nicht allein. Das Wirtschaftsgetriebe wirft den Arbeiter aus seiner Erwerbestellung, was ihm als feste Grundlage erscheint, bricht zusammen. Hier helfend einzugreifen, ist eine Aufgabe hoher Bedeutung, sie erzieht zur gegenseitigen Hilfsbereitschaft, die stark in den Unterstützungsrichtungen der Gewerkschaften zur Geltung kommt.

Aber wir bleiben nicht stehen bei der Lösung der Aufgaben, die aus eigener Kraft die Organisation selbst, sondern wir fordern vom Staat, daß er den Arbeiter als den wirtschaftlich Schwächeren schützt gegen die Ausbeutung kapitalistischer Streber, daß er den Arbeiterschutz und das Arbeiterrecht so gestaltet, daß der Arbeiter als gleichberechtigter

Staatsbürger im Wirtschaftsgetriebe anerkannt wird. In der sozialen Fürsorge fordern wir, daß der Staat, nicht wie es heute geschieht, rückwärts revidiert, sondern, wie die Not es fordert, hilfreich den Lohn- und Gehaltsempfängern zur Seite steht.

In dieser Verbindung zeigt sich nun, daß wir von den gewerkschaftlichen Aufgaben in die Politik geraten, denn sobald ich beströbt bin, vom Staat die Erfüllung der hier gestellten Aufgaben zu verlangen, muß ich auf die politische Vertretung, auf das Parlament Einfluß gewinnen. Das geschieht aber vor allem in der Form, daß ich mich einer Partei anschließe, die in diesem Sinne wirkt. Aber es stehen ja unendlich viel andere Fragen der Politik mit den Interessen der Arbeiterklasse in enger Verbindung. Um nur einige aufzuzählen. Wie stark berührt uns das Vereins- und Versammlungsrecht, wie werden die Staatsbürgerrechte eingeschränkt, durch die Verschärfung der Strafgesetze und des Gerichtsverfahrens, wie hart wird die Arbeiterschaft getroffen durch die Zollgesetzgebung und wie ungerecht behandelt in der Steuergesetzgebung.

Wo soviel auf dem Spiele steht, muß der Arbeiter auch eine politische Entscheidung bei der Reichstagswahl treffen, denn mit dem Erlahmen des politischen Einflusses der Arbeiterklasse sind auch die Gewerkschaften in ihrer Machtstellung bedroht. Eins ist von dem andern nicht zu trennen. Wollen wir das verhindern, so werden wir jener Partei die Unterstützung zuteil werden lassen, die von ihrem ersten Auftreten an bis auf den heutigen Tag für die politische Freiheit und den sozialen Fortschritt gekämpft hat, die ihre Kräfte nur aus der Arbeiterschaft nahm, wo sie ihre treueste Gefolgschaft fand. Deshalb gehört unsere Stimme am Tage der Wahl der Sozialdemokratischen Partei.

Staatsgerichtshofsurteil

Am 25. Oktober hat der Staatsgerichtshof über die Verfassungsklage der Staatsregierung des Landes Preußen gegen die Reichsregierung, wegen Amtsenthebung der Staatsregierung Preußens und Einsetzung eines Reichskommissars auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli gem. § 48 der Reichsverfassung, entschieden.

Der Staatsgerichtshof erklärt in seinem Urteil die Amtsenthebung der preußischen Regierung für nichtig, der Vorwurf der Pflicht-

verletzung, der Grund zur Amtsenthebung seitens der Reichsregierung garwogen sei, sei nicht erwiesen; nicht der Reichskommissar, sondern die Landesregierung, d. h. die Staatsminister und ihre Bevollmächtigten haben das Land Preußen gegenüber dem Landtag, im Reichsrat dem Staatrat und auch gegenüber dem Reich und den übrigen Ländern zu vertreten. Alles in allem, das ist eine glänzende Rechtfertigung der preußischen Staatsregierung. Um so befremdender muß — zumindest für jeden nicht mit juristischen und diplomatischen Kniffen vertrauten Menschen — der andere Teil des Urteils wirken. Darin wird nämlich die Einsetzung des Reichskommissars auch anerkannt, das sei eine Ermessenfrage, die im Ermessen des Reichspräsidenten liege. Auch habe der Reichskommissar das Recht der Entlassung und Versetzung von Beamten, sowie das Recht, Beamte in den vorläufigen Ruhestand zu versetzen. Parlamentarisch ausgedrückt heißt das, die Legislative liegt bei der rechtmäßigen Landesregierung, während die Exekutive, also der Staatsapparat, beim Reichskommissar liegt. Das einzig Positive für die preussische Regierung ist das Recht, daß sie ihre Auffassung entsprechend ihren Einfluß, im Reichsrat geltend machen kann. Ohne Zustimmung des Reichsrats ist damit eine Verfassungsänderung schwer möglich. Da es aber im Ermessen der Reichsregierung bzw. des Reichspräsidenten liegt, eine Pflichtverletzung gegenüber dem Reich festzustellen, hat dieses Recht des Einflusses der preussischen Regierung im Reichsrat einen bedenklichen Pfundfuß.

Wie die Bedenklichkeiten, daß faktisch zwei Regierungen nebeneinander bestanden, gelöst werden sollen, wird die Zukunft erweisen müssen. Mit ihrer Behauptung, daß die preussische Regierung, insbesondere ihre Minister Braun und Severing, grüßlich ihre Pflichten verletzt habe, ist die Papen-Regierung glänzend reingefallen.

Die Widersprüche im Urteil, daß jemand Recht bekommt und doch nicht wieder in sein Recht eingesetzt wird, beweist schlagend den Lassal'schen Satz, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind. Das soll sich jeder Arbeiter vor Augen halten und am 6. November seine Stimme der Liste 2 geben.

Agitation bringt Erfolge!

Wie sich die Werbearbeit lohnt, wurde bisher in einer erfreulichen Anzahl Einzelmeldungen ausgewiesen. Diesmal haben einige Gau ihre Agitationserfolge insgesamt zusammengefaßt und berichten nun darüber.

Daneben haben neue Mitglieder gewonnen:

| Im Gau 1 (3. Quartal 1932) die Zahlstellen: | |
|---------------------------------------------|-----|
| Bielefeld | 7 |
| Cello | 24 |
| Goslar | 35 |
| Helmstedt | 137 |
| Hildesheim | 28 |
| Nienburg | 34 |
| Osterode | 27 |
| Braunschweig | 14 |
| Zusammen 333 | |

| Im Gau 8 die Zahlstellen: | |
|---------------------------|-----|
| Blankenburg | 33 |
| Blankenbain | 11 |
| Eisenberg | 37 |
| Erfurt | 15 |
| Gera | 63 |
| Gräfenrath | 13 |
| Heiligenstadt | 4 |
| Ilmenau | 22 |
| Kahl | 13 |
| Katzhütte | 51 |
| Merseburg | 118 |
| Sonnberg | 20 |
| Schleusingen | 12 |
| Steinaach | 48 |
| Zusammen 460 | |

| Im Gau 9 (3. Quartal 1932) die Zahlstellen: | |
|---------------------------------------------|-----|
| Arzberg | 22 |
| Aschaffenburg | 37 |
| Ebersdorf | 3 |
| Erlangen | 4 |
| Forchheim | 33 |
| Fürth | 32 |
| Hof | 11 |
| Kipfenberg | 4 |
| Konstein | 10 |
| Lohr | 1 |
| Markredwitz | 90 |
| Mitterteich | 27 |
| Nürnberg | 77 |
| Oberkotzau | 2 |
| Regensburg | 49 |
| Rehau | 35 |
| Rothenburg | 23 |
| Schwarzenebach | 18 |
| Schweinfurt | 29 |
| Seib | 65 |
| Tirschenreuth | 3 |
| Weiden | 225 |
| Wiesau | 13 |
| Windsheim | 12 |
| Zusammen 831 | |

Die Werbearbeit ist noch keineswegs abgeschlossen; sie wird weitergeführt. Besonders vor Neuinstellungen vorgenommen werden, muß sofort die Agitation einsetzen. Die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft ist für jeden Arbeitenden in der gegenwärtigen Zeit strengste Pflicht.

Reichstag und Lohntüte

Auf ein paar Mandate mehr oder weniger kommt es nicht an? Im Gegenteil! Die sozialen Kämpfe werden entscheidend beeinflusst von der Stärke der politischen Vertretung der Arbeiterschaft. Das beweisen die folgenden paar Zahlen.

| | an tariflichem Stundenlohn | an Arbeitslosenunterstützung |
|------|----------------------------|------------------------------|
| 1924 | 70 Pf. | etwa 6 RM pro Woche |
| 1929 | 103 Pf. | etwa 20 RM pro Woche |
| 1932 | 80 Pf. | etwa 9 RM pro Woche |

| Im Deutschen Reichstag saßen | | | |
|------------------------------|------|------|-------|
| | SPD | KPD | NSDAP |
| | Abg. | Abg. | Abg. |
| 1924 | 100 | 62 | 33 |
| 1929 | 153 | 54 | 12 |
| 1932 | 133 | 89 | 230 |

Mit wachsenden Nazimandaten fiel der Lohn und die Arbeitslosenunterstützung. Das Unternehmertum hat die Schwächung der Sozialdemokratie und das Ansteigen der Nationalsozialisten im Reichstag gut zu nutzen verstanden. Stärkt deshalb den Einfluß der Sozialdemokratie im Reichstag durch Wahl der Liste 2.

„Wirtschaftsführern“ geht's gut

Wenn arme Schlucker sich am Besitz oder am Leben ihrer Mitmenschen vergreifen und gefaßt werden, bekommen sie mit den Gerichten zu tun und müssen ihre Vergehen und Verbrechen schwer büßen. Das ist gut so. Strafe muß sein. Wenn aber Wirtschaftsführer, Direktoren und Generaldirektoren Fehlhandlungen begehen, Betriebe zugrunde richten, Arbeiter und Angestellte um ihre Existenz bringen und ins Unglück stürzen, so kommen sie damit noch lange nicht auf die Anklagebank oder gar hinter Gitterfenster in Staatsgewahrsam. O nein. Sie bleiben meist die reichen Leute und angenehme Wirtschaftler, die sich ungestört ihres üppigen Wohllebens und ihres schönen Daseins in prächtigen Villen und herrlichen Schlössern erfreuen können. Sie fahren weiter in Luxusautos und merken von der Not und dem Elend ihrer Opfer nichts.

Wir bringen abschnittsweise eine Anzahl von teils „aufbauwilligen“, teils seelisch unbeschwerenen, teils schuldbeladenen, privatkapitalistischen „Führern“, denen das Glück hold war.

Einer aus der Zementindustrie ist Teuflompe, der Gründer des Wicking-Konzerns, dessen Geschäfts- und Konzernpolitik tausenden Zementarbeitern und Angestellten Arbeitslosigkeit brachte. Er sitzt heute noch in seiner schönen Villa in Münster, beschäftigt sich bei Tochtergesellschaften und wahrt seinen restlichen Besitz.

Die Familie Borsig in Biettrich gehört zu denen, die die Volkswirtschaft erheblich schädigten, die 9 Millionen Spargelder ihrer Arbeiter und Angestellten verlorengehen ließen, denen viele Gläubiger nachträglich. Wer aber der Auffassung sein sollte, die Borsigs seien nun auch arm geworden, ist im Irrtum. Das Privatvermögen der Borsigs ist nicht verloren, davon leben diese herrlich und in Frieden, wenigstens bedeutend besser als die noch arbeitslosen Mitarbeiter von Borsig.

Hans Friedrich Wriedt, der Leiter der „Nordsee“, Deutsche Hochseefischerei Bremen-Cuxhaven, trieb solange zügellose Expansionspolitik, bis Verluste von mehreren Millionen eingetroffen waren. Wriedt aber selbst erlitt keinen Schaden, er lebt in der Schweiz und zehrt von seinem Vermögen, das ihm ja geblieben ist.

Direktor Uebelen von der Mechanischen Weberei zu Linden-Hannover brachte es ebenfalls durch Ausbeutungspolitik dahin, daß die Firma ihre Zahlungen einstellen und zwanzigtausend Arbeiter und Angestellte entlassen mußte. Auch die Aktionäre und Gläubiger verloren ihr Geld. Uebelen aber sieht mit seinem Vermögen behaglich wieder besseren Zeiten entgegen.

Die Leiter der Gebrüder Stallworek, Schokoladenfabrik Konsul Karl Stallworek und Direktor Fritz Stallworek, brachten ihre Firma in die Hände von Reichardt und Goldina, anstatt sie über die Schwierigkeiten hinwegzubringen. Karl Stallworek kann sich auf eigener Scholle der Gutswirtschaft widmen, und Fritz Stallworek blieb bei der Firma als Reisender für bessere Kunden.



Nimmersatte Spiegelglasindustrie

Gleichzeitig an dem Tage als die Firmen Bayerische Spiegelglasfabriken A. G. und die Fabag A. G. den Antrag über die Neuordnung zurückziehen mußten, hat der Glasindustriellenverband von Fürth und Umgebung den Lohnarif gekündigt. Da derselbe mit 14-tägiger Frist kündbar ist, läuft er am 2. Oktober 1932 ab. Die Verhandlungen werden gleich für Dienstag, den 13. Oktober, festgesetzt und das auf den 19. Oktober verschoben. Am 17. Oktober 1932 übermittelte der Syndikus Rechtsanwalt Vogel die Forderungen telefonisch an unser Büro. Und was für Forderungen! Man könnte sagen, daß die Unternehmer der Fürther Spiegelglasindustrie wieder einmal ihr anerkannt „gutes Herz“ für die Arbeiterschaft gezeigt haben. Sie sind nämlich seit langem bekannt eben wegen ihres „guten Herzens“ gegenüber der Arbeiterschaft. Warum sollte denn nicht auch der noch im Betriebe schaffende Arbeitnehmer mit demselben Herzen auskommen wie der Wohlfahrtsempfänger. Und der Betrieb geht eben

vor. Also muß man auch Gemgemäß die Forderungen stellen.

Derzeit Lohnabzug für Facharbeiter von 2 Prozent für Hilfsarbeiter und Frauen von 20 Prozent für die Gruppe von Frauen die im Juni schon 10 Prozent abgezogen erhielten etc. Prozent und für die Gruppe vierkellige Kristallgläser extra 25 Prozent, so daß für diese Gruppe sich ein Abschlag auf das Gesamtverdienst von etwa 33 Prozent errechnet. Es ist unerhört, was sich diese Herren hier leisten. Solche Forderungen sind eine glatte Provokation der Arbeiterschaft.

Die Glasarbeiterversammlung am 15. Oktober 1932 hat jeden Lohnabbau als untragbar abgelehnt. Sie hat zu erkennen gegeben, daß die Glasarbeiterschaft Fürths alles dransetzen wird um ein weiteres Absinken der Löhne zu verhindern.

Am 19. Oktober 1932 fanden nun die Verhandlungen vor dem Schlichter in Nürnberg statt. Um es vorweg zu sagen, sie sind gescheitert. Nächstes scheitern, weil die

Herren der Meinung sind, daß unsere Löhne herunter müssen, denn sie seien viel zu hoch. Dabei wurde festgestellt, daß Fürth in der deutschen Facettenindustrie mit an niedrigster Stelle steht.

Besonders scharfmacherisch stellte sich Herr G. Neger gegenüber seine Mitbrüder ein. Dieser Herr urteilt am liebsten über seine Belagenschaft. Dabei hat er von einer Lohnsenkung tatsächlich gar nichts, denn sobald die Löhne sinken, werden ihm von den Exporteuren die Preise gesenkt. Dabei ist die Lage so, daß in 99 von 100 Fällen von den Akkordarbeitern nicht einmal mehr der Stundenlohn verdient wird. Speziell die Maschinenarbeitsrinnen haben Akkordpreise, die katastrophal sind.

Die Arbeiterschaft ist der Meinung, daß die man über Lohnkürzungen spricht zuerst der zehrende Tarif durchgeführt werden muß. Die Firmen haben in der vergangenen Zeit die Akkorde einseitig derart beschneiden, daß es einfach unerträglich ist, wenn weitere Senkungen vorgenommen werden müßten. Zudem trifft die Argumentation der Unternehmer nicht zu, daß man der Konkurrenz begegnen muß. Das bestehende Absatzvolumen reicht nun einmal nicht für alle Betriebe aus. Würde der Lohn in Fürth gesenkt, dann wird in allen

anderen Bezirken nur eine neue Lohnabwärtung erzeugt, und die Konkurrenz ist wieder da.

Die Sozial- und Steuerabzüge vom Lohn werden immer untraglicher. Der städtischen Bevölkerung werden neue Steuern diktiert, die Preise für die notwendigsten Bedarfsartikel befinden sich im Steigen, dank der Politik der ersten nationalen Regierung Papen. Trotzdem sind die Unternehmer weiter der Meinung, daß der Arbeiter noch viel zu gut lebt. Sie schneiden sich dabei den Ast ab, auf dem sie sitzen.

Der jetzige Reichsarbeitsminister hat erklärt, daß generelle Lohnsenkungen jetzt nicht mehr am Platze sind. Trotzdem aber machte der Schlichter einen Vorschlag, der um 6 Prozent Lohnsenkung gebracht hätte. Diesen Vorschlag hat die Lohnkommission einstimmig abgelehnt. Die Verhandlungen sind darauf abgebrochen worden.

Es tritt nun in Fürth ab 22. Oktober 1932 ein tarifloser Zustand ein. Die gesamten Betriebschaften der Glasindustrie werden sich trotz des vortragslosen Zustandes nichts von ihrem bisherigen Lohn nehmen lassen. Sie sind zur Erkenntnis gekommen, daß Einheit stark macht und werden in dieser Erkenntnis handeln.

Wieder Streitigkeiten bei Phönix in Penzig

Bei der Firma Phönix GmbH, Glashüttenwerke in Penzig, sind wieder einmal, wie so oft in der zurückliegenden Zeit ernsthafte Streitigkeiten unter den Betriebsparteien wegen Anwendung der Verordnung vom 5. September 1932 ausgebrochen.

Trotz der generellen Lohnsenkung in der Weibhohlglasindustrie verlangte die Firma, daß auch nach § 1 der Verordnung vom 5. September 1932 noch weitere Kürzungen der Löhne eintreten sollten.

Die in der zentralen Lohnvereinbarung vorgesehenen Abschläge sollten dabei Anrechnung finden.

Von vornherein war die Erbitterung der gesamten Belegschaft gegen weitere Lohnkürzung nach der Notverordnung stark vorhanden. Begreiflich wird diese Erregung durch die fortgesetzten Beunruhigungen, die im Betrieb der Firma Phönix GmbH, auch während der Laufdauer von Tarifverträgen bei den einzelnen Kategorien durch Lohnkürzung in Erscheinung treten. Wir könnten dieser Notiz im Anhang beifügen, in welchem Ausmaß die Firma seit dem Jahre 1926 Lohnkürzungen bei den einzelnen Sparten im Betriebe durchgeführt hat, sehen in diesem Zusammenhang jedoch davon ab.

Es ist deshalb verständlich, daß die Belegschaft alle Vermittlungsvorschläge, so auch die des stellvertretenden Schlichters für Schlesien ablehnte.

Die Firma hat daraufhin ihren Aushang mit der Bekanntgabe zur Durchführung der Lohnabschläge nach § 1 der Verordnung vom 5. September 1932 zurückgezogen, allerdings mit dem Bemerkten, sie müsse nun die Neugestellten wieder entlassen, und alle Schuld hierfür trifft die Gesamtbelegschaft resp. die Arbeitnehmerorganisation. Man schaut dabei der Öffentlichkeit gegenüber auch nicht, sich derartig in Widersprüche zu verwickeln, daß jeder objektive Beurteiler der Angelegenheit

bestimmt sofort zu dem Ergebnis kommen muß, daß die Hauptschuld an der Nichtvermeidung der Firma trägt.

Wir haben uns zum Schluß gegen die Vorwürfe, die den Arbeitnehmern gemacht werden, bereits in einem 4-Seiten langen Schreiben an die zuständigen Behörden gewandt. Diesem Schreiben haben wir als Anhang das Material über die Entwicklung der Lohnsenkung in der Weibhohlglasindustrie und der besonderen Lohnsenkung und des „kalten Lohnabbaus“ im Betrieb der Firma Phönix mitangehängt. Wir sind überzeugt, daß unsere Darstellungen bei den Behörden dahin wirken werden, daß man sich der Schuldlosigkeit der Arbeiterschaft bei den aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung der Verordnung vom 5. September 1932 bewußt wird.

Von besonderer Brutalität zeugt die letzte Handlung der Firma, indem man den Opfern aus der Streitigkeit, die durch das rigorose Vorgehen der Firma wieder zur Entlassung kommen sollen, die Unterstützung entziehen will. Die Entlassungsscheine werden ausgestellt mit der Bemerkung „wegen Streik

aus Anwendung der Notverordnung entlassen“. Gegen diese widerrechtliche Handlung und falschen Behauptungen haben wir bereits Einspruch erhoben, und wir werden etwaigen Schäden der unsoren Kollegen erst recht, an anderer Stelle geltend machen. Wir werden auch hier auf Grund der geführten Verhandlungen vor den Behörden und der Zuschriften der Firma an den Betriebsrat und an unsere Organisationsinstanzen nachweisen können, daß die Entlassung nur ein gesuchter Vorwand ist, um technische Mängel im Betriebe und unsichere Kalkulationen bei Heroinnahme von Aufträgen zu verdecken. Wenn die Firma wünscht, daß wir noch deutlicher werden sollen, so sind wir dazu bereit.

Es scheint tatsächlich so zu liegen, wie durch einen Ausspruch am Orte unlängst bekanntgegeben wurde, daß bei der Firma Phönix in Penzig „kein Arzt mehr hilft, sondern nur der Tod Erlösung bringen kann“. Wenn die Firma diese Erlösung haben will, so möge sie nur so fortfahren wie in den letzten 14 Tagen: Der Auflösungsprozeß muß dann unaufhaltsam ein-treten, vielleicht wird man klug, wenn man als ehemaliger Geschäftsführer selbst Not und Elend am Stempelamt mit studieren kann.

Krebs.

Blei-Kristallglasindustrie und Notverordnung

Der Schlichter für Schlesien hat die Wirtschaftsorganisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Glasindustrie zu einer Besprechung über den von uns gestellten Antrag, die Kristall- und Bleikristallglasindustrie dem § 2 der Verordnung vom 5. September 1932 zu unterstellen, am 21. Oktober 1932 nach Hirschberg eingeladen.

Wir haben noch einmal ausführlich darauf hingewiesen, daß die Kristall- und Bleikristallglasindustrie seit Jahren infolge der wirtschaftlichen Entwicklung als ein Gewerbegebiet zu betrachten ist, dessen verstärkte Arbeit ganz oder teilweise in den Monaten September bis März

fällt, und daß infolge dieses Zustandes es als unbillig erscheinen muß, wenn der Industrie zugestanden wird, noch von der Verordnung, und zwar dem § 1 derselben, Gebrauch zu machen.

Durch die wirtschaftliche Entwicklung haben die tarifvertraglichen Festlegungen sowieso schon stark gelitten, so daß eine Gefährdung der Existenz der Arbeitnehmer bei Anwendung der Verordnung in Erscheinung treten muß.

Die in den Monaten September bis März in Erscheinung tretende Besserung der Wirtschaftslage in der Kristall- und Bleikristallglasindustrie ist eine immer wiederkehrende Erscheinung und nicht auf die Privatinitiative des

einzelnen Arbeitgebers zurückzuführen, so daß eine „echte Arbeitsvermehrung“, die zur Anwendung der Verordnung überhaupt nur führen kann, nicht vorliegt.

Nicht weniger als vier Arbeitgebersyndikate versuchen die Ansicht der Arbeitnehmervertreter zu widerlegen. Als Material griff man sogar auf die Verhältnisse der Vorkriegszeit und der Nachkriegsjahre in der Kristall- und Bleikristallglasindustrie zurück.

Damit sollen die Grundlagen des Arbeitnehmerantrages erschüttert werden. Bei diesen Herren scheint die Industrialisierung und die damit verbundene weltwirtschaftliche Verschiebung spurlos vorübergegangen zu sein, denn sonst hätte man sich sagen müssen, daß dieses Material längst überholt ist. In der jetzigen schnelllebigen Zeit darf man nach unserer Auffassung bei Behandlung ähnlicher Fragen wie in der Blei- und Bleikristallglasindustrie nur auf wenige Jahre zurückgreifen, da innerhalb dieses Zeitraumes schon, industriell und konjunkturell betrachtet, wesentliche Verschiebungen eingetreten sind.

Der Herr Schlichter hat seine Entscheidung noch nicht bekanntgegeben. Er will nach Anhören der Wirtschaftsorganisation der Glasindustrie noch das statistische Material prüfen, das auch von uns eingesehen worden ist, um eine endgültige Festlegung herbeizuführen.

Wir wollen hoffen, daß diese Entscheidung im Sinne der Arbeitnehmeranträge ausfällt.

Robwein.

Der Abwehrkampf der Arbeiterschaft bei der Firma C. Hoyer, Glasmanufaktur in Robwein, gegen Anwendung des § 1 der Papen-Notverordnung vom 5. September 1932 ist durch einiges geschlossenes Handeln nach kurzer Dauer erfolgreich beendet worden. Die Firma hat ihren Aushang zur Durchführung der Notverordnung unter Protest zurückgezogen. Die Belegschaft wird restlos wieder eingestellt, das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen.



Ein Nachwort zu Torgau

Die Belegschaft der Steingutfabrik Villeroy & Boch in Torgau wehrte sich einmütig gegen den in der Papennotverordnung diktierten Lohnabbau, den die Betriebsleitung durchzuführen beabsichtigte. Gut so. Der geschlossene Abwehrwille war angebracht. Leider würde der Abwehrwille der Belegschaft politisch mißbraucht; einmal von den Kommunisten und dann von den Nationalsozialisten. Jede dieser Parteien wollte politische Geschäfte machen, die eine so, die andere anders. Das ist jetzt bei einer bevorstehenden Wahl kein Wunder. Das Wohl und Wehe der Belegschaft, der Lohn der Steingutarbeiterin und des Steingutarbeiters war ihnen gleichgültig; dann die Lohn- und Arbeitsbedingungen, sind tariflich durch den Keramischen Bund im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands geregelt und allgemeinverbindlich erklärt. Daran kann weder eine RGO noch eine NSBO etwas ändern. Das wußten die Drahtzieher bei den Kommunisten und bei den Nationalsozialisten, aber sie hüteten sich, darüber zu reden. Sie redeten aber vor der Belegschaft sehr radikal, um mehr zu erschrecken, als sie in Wirklichkeit sind und markierten den starken Mann, eben weil sie nichts zu sagen und bestimmen hatten. Den eigentlichen Tarifpartner aber, den Keramischen Bund und seine Vertreter machten sie schlecht. Und in dieser trauten „brüderlichen“ Gemeinschaft im Kampf gegen die Gewerkschaften und gegen den Fabrikarbeiterverband fanden sich Nazis und Kozis, die sich auf Geheiß ihrer Führer sonst sehr feindselig benehmen und so manchenmal zum Schlagring, Messer, Totschläger und sogar zum Revolver greifen mußten. Gerade dieser Umstand, dieses Zusammengehens gegen die Gewerkschaften, das der Nazibmann Bachmann aus Halle in einer von der RGO einberufenen Streikversammlung durch den Ausspruch: „Für die RGO und die NSBO gibt es nur einen gemeinsamen Feind, nämlich die freien Gewerkschaften“, geradezu feierlich begründete, mußte den Steingutarbeitern und -arbeiterinnen von Torgau zu denken geben. Denn damit beweisen sie, daß es ihnen nicht um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, nicht um mehr Brot für die Belegschaft der Firma Villeroy & Boch, sondern nur um den Kampf gegen die Gewerkschaften zu tun ist.

Die ganze Art des Auftretens der kommunistischen und nationalsozialistischen Drahtzieher, der Zwiespalt zwischen ihren Reden und

Handeln für die Kämpfenden, ist ein weiterer Beweis dafür, daß nur politisches Kapital aus dem Kampf geschlagen werden sollte. Schon reisten die kommunistischen Apostel in Mitteldeutschland herum und suchten die „Kampffront zu verbreitern“. In Prettin und Annaburg machte man bei völlig Unbeteiligten solche Versuche. Kommunistische Reichs- und Landtagsabgeordnete wurden aufgeboten, um eine politische Suppe zu kochen. Und in Torgau versuchte man inzwischen für die Streikenden auch eine Suppe zu kochen, man hatte aber zu wenig hineinzubrocken. Es wurde eine ganz dünne Suppe und schon am dritten Tag schlugen die Streikenden die Fensterscheiben kaputt, weil sie zu wenig und zu schlechte Suppe bekamen. Wer erst nach Ausbruch eines Kampfes in der heutigen Zeit daran geht, Sammlungen zu veranstalten, um die abwehrwilligen Arbeiter und Arbeiterinnen über Wasser zu halten und um ihnen das Aushalten zu ermöglichen, treibt mit den Interessen der Kämpfenden Sohlindulger; hat den Abwehrwillen und die Widerstandskraft schon vorher gebrochen. Wer ernsthaft kämpfen und ringen will, muß sich stets für einen Kampf vorbereiten und ernsthaft zum Kämpfen auffordern, muß die Vorbedingungen schaffen, damit ein Kampf auf längere Zeit geführt und durchgehalten werden kann. Das haben weder RGO noch NSBO beachtet. Sie haben wohl die Belegschaft in den Kampf gehetzt und überließen sie ihrem Schicksal; denn die eingeleiteten Sammlungen aller Art hatten ein so jämmerliches Ergebnis, daß nicht einmal ein paar Dutzend Personen eine zeitgemäße Unterstützung und nur ganz wenige eine sehr wässrige Suppe bekommen konnten. Die geistige Fütterung mit stark gewürzten radikalen RGO- und NSBO-Redensarten war sehr reichlich, aber satt wurde niemand davon, höchstens konfus. Darin besteht auch der Verrat der sogenannten Revolutionäre die die Arbeiterschaft stets betrügen, weil sie Kämpfe aus politischen Gründen anzetteln und auswerten. Auch das Aufhetzen zu sogenannten revolutionären Taten, wie z. B. Einwerfen von Fensterscheiben im Haus des Bauwerkverbundes in Torgau, in dem der Fabrikarbeiterverband sein Büro hat, gehören in dieses traurige Kapitel nutzloses Spiel mit Arbeiterschicksalen, weil die armen Opfer für Dinge büßen müssen, für die die Anstifter hinter Gitter gehören, weil sie in der gewissenlosesten Weise stets andere ins Feuer schieken und dem Elend preisgeben unter dem Vorwand, damit der Arbeiterklasse zu dienen. Zu dieser erbärmlichen Rolle ließ

sich auch bisher der zur RGO gehörende Betriebsratsvorsitzende Nichtitz, ein Dreher, drängen, der stets das große Wort führte, Unternehmer und Kapitalisten dutzendweise zum Frühstück verschlang, aber als Betriebsratsvorsitzender nicht in der Lagewar, Beschäftigten zu ihrem Recht zu verhelfen. Bei einer Belegschaft von über 900 Personen hatte dieser Mensch, der von Gesetzeswegen dafür ausersenen ist, die Rechte der Arbeiter zu vertreten, nicht eine Stunde als Betriebsratsmitglied aufzuweisen, außer den „Sitzungen“ die er veranstaltet hat. Als Vorsitzender des Betriebsrates einer Belegschaft von über 900 Mann schuftete er den ganzen Tag im Akkord. Das Betriebsratsgesetz und der Tarifvertrag waren ihm böhmische Dörfer, genau wie seinem Vorgänger Schwefler. Aber nach dem Streik konnte Nichtitz, erst für sich und dann für seine Braut einige Male um Einstellung betteln, um vielleicht dabei zu erklären „er will's nie wieder tun.“ Eine andere radikale Größe aus dem Betrieb, ein Naziheld, klagt jetzt auf seine Wiedereinstellung. Das ist auch ein Zeichen dafür, daß so manche Schreier ganz anders reden, als sie handeln. Den RGO, und den Nazistrategen (Nichtitz und Fiedler) muß man mehr auf die Finger sehen.

Als der Kampf durch die Gewerkschaft beigelegt war, als die Notverordnung und der Lohnabbau nicht mehr angewandt und für spätere Zeit eine Minderung erzielt und damit die Hauptursache des Streiks beseitigt war, stellten Nazis und Kozis Lohnforderungen, um den Kampf zu verbreitern, wie sie sich ausdrückten.

Die Gewerkschaft hatte keine Ursache die politischen Geschäfte der Nazis und Kozis zu besorgen. Mögen sie in trautem Verein in einem „Einheitskomitee“ ihre Suppe kochen, wir wünschen ihnen guten Appetit dazu. Die wirtschaftlichen Belange der Arbeiterschaft vertritt die Gewerkschaft. Und daß sie das viel besser kann als RGO und NSBO, hat sie schon tausendfach bewiesen.

Steingutarbeiter und -arbeiterinnen von Torgau, die RGO und die Nazis haben Eure Interessen noch nie vertreten, sie haben immer nur versucht Euch politisch zu mißbrauchen. Wendet Euch ab von ihnen und schließt Euch dem Keramischen Bund im Verband der Fabrikarbeiter an.

Anwendung der Notverordnung

Zu den bereits gemeldeten Firmen, die die Notverordnung anwandten und dementsprechend Anschläge machten, kommen noch: C. M. Huttenreuther-Hohenberg und Arzberg, 37 Neueinstellungen, Schumann-Arzberg, 34 Neuein-

stellungen, Bernhardshütte-Blechhammer 45 Neueinstellungen.

Die Porzellanfabrik Jäger u. Co. in Marktredwitz wird gegenwärtig bestreikt. Sie hat 36 Neueinstellungen vorgenommen. Jäger hatte nach einer Stilllegung den Betrieb wieder eröffnet und dabei bedeutende Stückpreisreduzierungen vorgenommen. Nun wollte Jäger obendrein noch die Notverordnung mit dem Lohnabbau anwenden. Das konnte sich die Belegschaft nicht gefallen lassen, sie wies diese Zumutung zurück und trat in den Streik.

Die Beschäftigungslage in der Steingutindustrie

Produktion und Beschäftigung der Steingutindustrie waren bis zur Jahreswende besonders stark gesunken, bis zur Mitte des Jahres aber der Jahreszeit entsprechend wieder gestiegen. In den letzten Monaten ist der Tätigkeitsgrad saisonmäßig leicht zurückgegangen. Der Beschäftigungsindex (1929 = 100) liegt aber etwa ebenso hoch wie im Vorjahr.

Nach wie vor ist die Entwicklung in den einzelnen Branchen sehr verschieden. Besonders ungünstig ist die Lage der Sanitätssteingut herstellenden Betriebe. Im Zusammenhang mit der außerordentlichen Schrumpfung der Bautätigkeit ist hier die Kapazitätsausnutzung bis auf etwa 25 Prozent zurückgegangen; im Gesamtdurchschnitt des Jahres 1932 ist gegenüber 1931 mit einem Beschäftigungsrückgang von etwa 40 Prozent zu rechnen. In der Geschirrsteingutindustrie hingegen wird die Beschäftigung, im Jahresergebnis etwas günstiger liegen als im Jahre 1931; hier scheint die Produktion durch Auffüllung der Lagervorräte im Handel im gewissen Umfang angeregt worden zu sein. Auch im Ausführungsgeschäft verhalten sich Geschirrsteingut und Sanitätssteingut verschieden. Während die exportierten Mengen in Sanitätssteingut (repräsentiert durch Pos. 730 a, Weißsteingut) von 1931 auf 1932 nur um etwa 8 Prozent zurückgegangen sind — seit 1930, dem letzten Höchststand, beträgt der Rückgang rund 40 Prozent —, wurde der Export von farbigem Geschirrsteingut (Pos. 731 b) weit schärfer betroffen; von 1931 auf 1932 sind die Exportmengen um 19 Prozent geschrumpft; im Verlauf des gesamten Abchwungs ist die Ausfuhr hier um beinahe zwei Drittel gesunken.

Über die Preisentwicklung liegen direkte Angaben nicht vor; die durchschnittlichen Ausführpreise — die auch Qualitätsverschiebungen zum Ausdruck bringen — sind seit 1929 in Geschirrsteingut und Sanitätssteingut übereinstimmend um 20 bis 25 Prozent zurückgegangen.



Hört, hört, Ziegler!

In Nr. 34 der „Ton-Industrie-Zeitung“, dem maßgebenden Organ der Ziegeleibesitzer, finden wir in einem Bericht über eine Tagung des Reichsziegelverbandes unter anderem folgende Äußerung:

„Ebereinstimmend wurde der Standpunkt vertreten, daß trotz berechtigter Erbitterung über die Sünden der Schlichtungsinstanzen in der Vergangenheit die Festhaltung am Tarifvertragssystem ein „schonendes“ sei, anaristische Zustände in der Lohn- und Preispolitik zu verhindern. Die Zurückhaltung des Reichsarbeitsministeriums in der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen hat in einzelnen Gebieten schon rollkommen vorwonnene Verhältnisse geschaffen dadurch, daß nicht mehr an Landesverbände gebundene Ziegeleien eine Lohnpolitik trieben, die zu schweren Erschütterungen des Marktes in preislicher Hin-

sicht geführt hat. Gerade in der Gegenwart müsse für den Unternehmer, an dessen Leistungsfähigkeit und persönlichen Einsatz die Reichsregierung immer wieder appelliert, der Grundsatz maßgebend sein, daß für die Dauer nur eine Stabilität der Verhältnisse zu erzielen ist, wenn auch der Arbeiterschaft ein gerechtes Existenzminimum unter Berücksichtigung der Rentabilität der Betriebe und Würdigung der Einzelleistung gewährt wird.

Hört, hört, Ziegler-Kollegen! Der Tarifvertrag ist ein geeignetes Mittel, anaristische Zustände in der Lohn- und Preispolitik zu verhindern. Durch die Allgemeinverbindlichkeit werden die Verhältnisse stabilisiert, also in der Lohn- und Preisentwicklung Ordnung geschaffen. Wenn von den Vertretern der Arbeiter bei Lohn- und Tarifverhandlungen der letzten Jahre in den meisten Fällen auf die Bedeutung der tarifvertraglichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, vom Gesichtspunkte der Wirtschaft aus gesehen, hingewiesen, und die Arbeitgeberseite gewarnt wurde, die Tarifverträge zu zerschlagen, fand man kein Verständnis. Jetzt, nachdem durch die Schuld der Ziegeleibesitzer in den meisten und maßgebendsten Bezirken die Tarifverträge zertrümmert und die noch bestehenden Verträge in ihrem sozialen Inhalt so verschlechtert sind, daß sich ganz von selbst die Frage ergibt, ob der Tarifvertrag in seiner jetzigen Form überhaupt noch Zweck und Bedeutung hat, scheint man im Arbeitgeberlager die ganze Gefahr seines Verhaltens zu erkennen. Ob sich diese Erkenntnis bei den Ziegeleibesitzern durchsetzt? Wir bezweifeln dieses. Vernunft und das Erkennen sozialer und wirtschaftlicher Gesetze war nie die starke Seite der Ziegeleibesitzer. Die jetzt von den Unternehmern erkannte Schicksalsverbundenheit wird kaum soweit gehen, unseren Ziegler soziale und menschlich gerechte Löhne und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Der Kampf um den Ertrag der Arbeit wird von unseren Kollegen nur mit Erfolg zu führen sein, mit einer guten Organisation, das ist der Keramische Bund im

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Trotz alledem ist die Einsicht der Ziegeleibesitzer, wenn sie auch spät kommt, zu begrüßen. Wir hoffen, daß den Worten nun bald eine entsprechende Haltung bei Tarifverhandlungen folgen wird.

Der Deutsche Kalkbund

betrachtet den Verlust seines Geschäftsführers, Dr. Hans Urbach, der am 20. Oktober d. J. verstarb.

Der Verstorbene trat für die Kalkarbeiter wenig an die Öffentlichkeit, dennoch war Urbach einer der wenigen, der als Unternehmervertreter sich ein großes soziales Gefühl bewahrt hatte und außergewöhnliches Verständnis für die Arbeiterschaft zeigte. Nach außen nicht erkennbar, vermittelte Urbach in recht schwierigen Situationen nicht zungunsten der Kalkarbeiter.

Wenn auch seine Kräfte nicht immer ausreichten, um Ungerechtes zu verhindern, so soll doch sein Wollen anerkannt werden, welches größte Hochachtung abnötigte.

Papen-Verordnung und Kalk-Industrie

Die Milliardenprämien der Papen-Verordnung reizen auch die Kalkindustrie, diese will an dem unverhofften Segen ebenfalls teilnehmen. Es ist die rheinisch-westfälische Kalkindustrie Dornap, die ihre Ansprüche anmeldet.

Obwohl 1931 die rheinisch-westfälische Kalkindustrie es war, die mit allem Nachdruck erklärte, eine Arbeitszeitverkürzung sei technisch unmöglich und müsse schärfstens bekämpft werden, war sie es, die nach Inkrafttreten der Papen-Verordnung die Arbeitszeit in Flandernbach von 53 auf 43 Stunden wöchentlich verkürzte, 150 Mann neu einstellte und nun Anspruch auf die Einstellungsprämien von 7,70 RM pro Mann und Woche erhob. Wenn ein Geschäft zu machen ist, sind eben technische Fragen recht schnell zu lösen. Schmerzliche Enttäuschung wurde jedoch die rheinisch-westfälische Kalkindustrie durch die Ausführungsverordnung vom 29. September, wonach bestimmte Saisonindustrien von dem Prämienbezug so gut wie ausgeschlossen sind, und noch enttäuschender, als bekannt wurde, daß auch die Kalkindustrie als Saisonindustrie bezeichnet wurde.

Gegen diese Regierungsmaßnahme läuft nun die Kalkindustrie Sturm. Die geeignete Möglichkeit dazu bietet der § 2 der Papen-Verordnung, wonach der Schlichter berechtigt ist, in besonders gelagerten Fällen den Saisoncharakter für einzelne Betriebe, aber auch für den gesamten Gewerbebezirk mit bindender Wirkung aufzuheben. Die Kalkindustrie hat nun einen derartigen Antrag, einmal für das rheinisch-westfälische Kalkgebiet Dornap-Lemath und darüber hinaus für das ganze Reich gestellt.

Bei den Verhandlungen vor dem Schlichter für Westfalen erklärte der Unternehmensvertreter in aller Öffentlichkeit, daß die Kalkindustrie nicht nur damit rechnet, bei Neueinstellungen die sogenannte Einstellungsprämie zu erhalten, sondern auch beabsichtigt, von dem Recht der Lohnkürzung Gebrauch zu machen.

Der Unternehmensvertreter war nicht nur erstaunt, sondern auch aufs höchste empört, daß die Arbeitervertreter sich gegen den Antrag der Unternehmer wehrten. Nach Unternehmerauffassung würde die Möglichkeit, mehr Arbeiter zu beschäftigen, wenn auch nur bei verkürzter Arbeitszeit, dadurch gefährdet, wenn sich die Arbeiter nicht widerstandslos auch noch eine Lohnkürzung gefallen lassen.

Vom Schlichter wurde auf Antrag der Arbeitervertreter der Kalkindustrie im Bezirk Dornap-Lemath aufgegeben, die monatliche Produktionsziffer, verteilt auf die einzelnen Verbraucherguppen, einzusetzen. Als dann soll

Streik in Grohn-Vegesack beendet

Der Streik der Wandplattenarbeiter in Grohn-Vegesack ist durch die Maßnahme der sogenannten RGO zusammengebrochen. Die Belegschaft, die durch die jahrelange Hetze der RGO völlig indifferent gemacht war, zeigte beim Streikbeschluß und beim Streikbeginn eine sehr gute Disziplin und Einigkeit, die die besten Hoffnungen rechtfertigte. Gerade diese Einigkeit und Disziplin paßte aber den führenden Geistern der RGO nicht. Was sollte denn nun die RGO noch zu tun haben, wenn sich die Arbeiterschaft einig war. Also mußte diese Einigkeit zertrümmert werden, um somit zu zeigen, wozu die RGO da ist.

Die Streikkontrolle, die von unserer Zahlstelle Bremen festgelegt und von der Belegschaft gutgeheißen wurde, wurde sabotiert, daß die RGO während des Streiks aufforderte, sich nicht der Streikkontrolle zu stellen, sondern die Kontrollstellen der RGO zu benutzen oder gar nicht zur Kontrolle zu gehen.

In derselben Weise verhinderte auch die RGO das Zusammenkommen der Arbeiter.

Der Erfolg für die RGO war ein glänzender. In wenigen Tagen war die Einigkeit zum

über den Antrag, Voraussetzung aus der Saisonindustrie, entschieden worden.

Was die Schlichterverhandlungen über besonders zehnten, war die Art der Unternehmervormerkung, die es als selbstverständlich ansah, daß der Arbeiter nur dazu da ist, sich das Fell über die Ohren ziehen zu lassen. Die Dornap-Lemath-Kalkarbeiter sollten daraus eine Lehre ziehen. Bei der über ein Jahrzehnt andauernden Unbeugsamkeit und dem Indifferentismus laufen sie Gefahr, daß ihre Löhne übermüßig noch tiefer gesenkt werden.

Wollen die Kalkarbeiter dies verhindern, dann müssen sie sich endlich organisieren und sich dem Verband der Fabrikarbeiter anschließen. Eine geschlossene Organisation, und die Kalkindustrie bekommt wieder soziales Verständnis.

Tausend und einer misstraut dem andern. Der weitere Erfolg der RGO war, daß bereits am fünften Tage des Streiks 150 Mann in den Betrieb liefen und weitere am nächsten Tage folgten. Eine am gleichen Tage abgehaltene Belegschaftsversammlung beschloß dann mit großer Mehrheit, unter diesen Umständen den Kampf abzubrechen, und unsere Organisation wurde beauftragt, Verhandlungen darüber einzuleiten, daß die bisher Beschäftigten die Arbeit wieder aufnehmen können. Der Verband der Fabrikarbeiter wird nun alle Mühe haben zu verhindern, daß Kollegen auf der Straße bleiben. Die RGO aber wird ihr Schandgewerbe weiter treiben und dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft sich noch mehr spaltet und in völlige Ohnmacht versinkt. Der lachende Dritte dabei ist der Unternehmer und die Reaktion.

Kollegen, Wandplattenarbeiter, erneut hat die RGO bewiesen, daß sie ein Schädling der Arbeiterschaft ist, der nichts weiter will, als die Arbeiterschaft zerflößen und verbluten zu lassen. Wollt ihr euch auch noch länger gefallen lassen? Schließt euch zusammen im Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramische r

Bund, und werbt für unseren Verband. Noch manche Schritte gibt es auszuwachen, die wir der RGO verdanken. Das ist aber nur möglich, wenn wir einig sind, denn immer noch gilt das Wort: Einigkeit macht stark!

Streik in der Ziegelindustrie Württemberg

Seit Monaten bestehen in der württembergischen Ziegelindustrie Lohnkürzungen. Obwohl ein Lohnstarif besteht, versuchen die Unternehmer, bisher ohne Erfolg, niedrigere Löhne zur Auszahlung zu bringen. Neuerdings glauben einige Ziegeleibesitzer, die schlechte Geschäftslage auszunutzen und eine Lohnkürzung erfolgt ab vornehmen zu können. Dabei ist interessant, daß auch der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes zu jenen Neunmal-Weisen gehört, denen Tarifstreue unbekannte Dinge sind. Die Herren haben aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. In den vier Betrieben, in denen die tarifwidrige Lohnkürzung vorgenommen werden sollte, haben die Ziegler die Arbeit eingestellt. In Betracht kommen mehrere hundert Ziegler.

Unsere Kollegen ersuchen daraus, daß die Scharfmacher in der Ziegelindustrie Morgenluft wittern. Der Herr-in-Haus-Standpunkt macht sich wieder breit, und der Ziegler soll wieder Knecht werden. Wenn sich die Herren Ziegeleibesitzer nur nicht täuschen.

Wie verfährt sich übrigens diese Haltung mit der auf der Reichsverbandstagung zum Ausdruck gekommenen? Dort wurde betont, daß die Festhaltung am Tarifvertragssystem ein geeignetes Mittel sei, anarchistische Zustände in der Lohn- und Preispolitik zu verhindern und nun machen diese württembergischen Unternehmer doch das Gegenteil.

Unsere Zieglerkollegen erwächst die Pflicht, trotz der miserablen Wirtschaftslage alles daranzusetzen, daß absetzende Ziegler dem Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter, als Mitglieder zugeführt werden. Eine geschlossene Organisation hierzu, daß die Unternehmerbäume nicht in den Himmel wachsen.

Die Kluft / Roman von Elen Wilkinson

Berechtigte Übertragung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Belber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(38. Fortsetzung.)

„Natürlich dürfen Sie tun, was Sie wollen. Warum nicht?“

„Ich fragte nicht nach Ihrer Erlaubnis, Gerry, sondern um Ihre Meinung.“

„Ist sie von Wichtigkeit?“

„Für mich ja. Und nun mal frisch von der Leber weg!“

„All right. Ihr Wille geschehe. Ich hasse den Gedanken, daß Sie in Helens Kreis hereingezogen werden. Ich kenne diese Menschen — sie sind verdammt gefährlich für ein Mädchen wie Sie.“

„Gottchen, Gottchen! Ich bin doch kein Baby! Netteren Leuten hätte ich gar nicht begegnen können. Sie zeigten eine sehr anständige Gesinnung hinsichtlich der Bergarbeiter und waren sehr vergnügt, als ich Blindells Unsinn aufdeckte. Dies hat Ihnen Redfern wohl verschwiegen?“

„Durchaus nicht. Ich weiß, Joan, daß sie alle guten Manieren haben. Und aus den Bergleuten macht sich die ganze Gesellschaft viel zu wenig — zum mindesten, solange diese nicht gefährlich werden —, um nicht bezauert liebenswürdig gegen jemanden zu sein, der sich genug aus ihnen macht, um für sie einzutreten. Aber wollen sie sich bitte mal erinnern, wie sich diese Leute während des Generalstreiks

benahmen? Fragen Sie doch Mary Maud. Damals, als es um ihre Klassenvorrechte ging, flitschten sie die Zähne. Nicht Leute wie dieser bärbeißige Bergwerksdirektor in Carey's Main werden dem Arbeiter gefährlich — die haben ihr eigenes Gegengift —, wohl aber diese scharmanten Reichen, die mit Menschen wie Ihnen, Joan, Ihr teuflisches Spiel treiben. So vernünftig sind sie, so entgegenkommend und freundlich, daß es fast eine Schmach ist, sie rücksichtslos zu bekämpfen. Und nach einer Weile verlangt es Sie gar nicht mehr, Ihren Standpunkt unnahegiebig und mit voller Schärfe zu vertreten... es mochte vielleicht Ihre neuen Freunde verletzen!“

„Mir würde das nimmermehr passieren!“

„O ja, auch Ihnen. Ich habe es bei manchen erlebt, die für Freundlichkeit viel weniger empfänglich waren als Sie, und dabei gehe ich noch gar nicht lange mit sehenden Augen durch die Welt. Weiter, Joan... diese Leute können so nützlich sein. Wenn Sie mal eine Silbe verlauten lassen, daß Sie schreiben — gleich sind sie hilfreich bei der Hand. Ein Schub hier, ein gegentlicher Stoß dort... ein Wort an einen befreundeten Verleger, eine Empfehlung an einen Kritiker... und es ist geschehen!“

„Sie meinen also, daß man versuchen wird, mich zu kaufen?“

„Kaufen!... Wer redet von so plumpen Manövern, Joan! Die Gefahr liegt in dem Kontakt mit Kreisen, die es für selbstverständlich halten, daß jeder der anständige Mensch ihre Ansichten teilt. Gegen die Atmosphäre, die sie um sich herum schaffen, ist so ungemein schwer zu kämpfen. Natürlich sind die Arbeiter schlecht beraten, wenn sie streiken — natürlich vermag die Industrie angesichts der ausländischen Konkurrenz keine höheren Löhne (Verbandskolleginnen und -kollegen, lest auch den übrigen Inhalt des „Keramischen Bundes“, diskutiert über wichtige gewerkschaftliche Begebenheiten in den Mitglieder- und Betriebsversammlungen.) zu zahlen — natürlich ist der Sozialismus ein sehr hohes Ideal, aber leider kann man die menschliche Natur nicht ändern... und in dieser Tonart geht's weiter. Leute, die so stark an ihren eingeleichteten Idealen kleben, sind nicht zu bekehren, selbst nicht vermöge der Statistiken der ganzen Welt. All ihre Klassenvorrechte sind gekettet an das Nichtsehen der häßlichen Wahrheit... Joan, es gibt nur zwei Wege: sich ihnen fernhalten und sie bekämpfen, oder mit ihnen...“

„...annahmen, was sie zu geben haben — und das ist eine ganze Menge, wenn sie für weiß befunden wurden. Sie... in... Kreisen nicht verkehren und...“

„Lassen Sie mich...“

„Lassen Sie mich...“

Mit einem Ruck erhob er sich von der Tischcke. „Verzeihen Sie, selbstverständlich steht mir nicht das Recht zu, Ihre Freunde zu kritisieren“, sagte er höflich.

Aber schon hatte ihre kleine Hand sein Gelenk umklammert.

„Nun werden Sie mal den Trotz lassen, und ich werde ihn ebenfalls lassen. Und schwups, ist alles wieder zwischen uns in Ordnung!“

Jetzt lachte er. „Na ja, das klingt schon anders. Sehen Sie, Joan, ich kann es nicht aushalten, wenn Sie sich zur Welt dumm entwickeln.“

„Aber Sie selbst, Gerry? Sie gehören doch genau derselben Klasse an wie Helens Freunde.“

Blain zuckte die Schultern.

„Mein Vater hat als Arbeiter angefangen, und ohne sein Glück würde ich heute auch Fabrikarbeiter sein. Aber lassen wir das. Helens Daeres Kreis ist jedenfalls nicht der dämliche Typ der oberen Schicht, der seine Superiorität nur aufrechterhalten kann, indem er andere nicht nahe genug an sich herankommen läßt, um zu gewahren, wie blöde er tatsächlich ist. O nein, Helens Freunde sind zu intelligent zu sehr am Leben interessiert. Man wird Sie verabscheuen, Joan, wird um Sie herumzuschwänzen und sich selbst dabei sehr fortschrittlich und demokratisch fühlen. Doch zwischen Ihnen und der Arbeiterklasse gähnt eine Kluft, und tritt eine Krise wie der Generalstreik ein, so können sie kein Erbarmen.“

Und Anthony, Mary Maud und Lady Cristina? Vielleicht fände man sogar noch etliche mehr, als nötig sind, um Gomorrha zu retten.“

„Ich weiß, es gibt Ausnahmen“, erwiderte Blain ziemlich ungeduldig. „Aber greifen wir mal die besten, Anthony und Mary Maud, heraus. Mitführend für die Arbeiter, gewiß, aber es ist ihnen alles nur ein interessantes Schauspiel, eine Ausstellung ungewöhnlicher Typen. Ihrer eigenen Klasse überdrüssig, stehen sie außerhalb des Kampfes wie Zuschauer bei einem Boxmatch und feuern die Arbeiter zum Siege an. Nie aber nehmen sie selbst am Kampfe teil. Und wenn Sie sich zu sehr mit dieser Schicht einlassen, Joan, sind auch Sie bald außerhalb der Arena. Sehr behaglich, voller Sympathie und Interesse, werden Sie sich, wenn der Kampf im Ring beginnt, in Ihre Loge setzen.“ Er blickte auf seine Uhr. „Die Zeit vergeht, und ich quasselte hier wie ein Volksredner. Jetzt muß ich auch an die Arbeit. Bis nachher!“

Zwei Stunden später steckte er nochmals seinen Kopf zur Tür hinein, um zu fragen: „Sie bleiben doch zum Lunch? Es kommen ein paar Leute, um Ideen der letzten Minute zu diskutieren. Harry Browns, unser Freund von Kelsall, ist auch eingetreten...“ er übernimmt die Expedition.“

(Fortsetzung folgt)

Jugendführerbesprechung im Gau 8

Die Sitzung fand am 9. Oktober 1932 im Hause des Volkes, in Probstzell, statt. Vertreten waren 8 Zahlstellen mit 15 männlichen und 3 weiblichen Konferenzteilnehmern.

Der Zweck der Konferenz war, Rückschau zu halten und die nächsten Aufgaben zu besprechen.

Der Kollege Schönfeld von der Gauleitung gab einen Überblick über die Tätigkeit und Entwicklung unserer Jugendgruppenarbeit im Gau für das erste Halbjahr 1932. Die statistischen Unterlagen dafür sind den Zahlstellen zugegangen. Anerkannt wurden die vielen Schwierigkeiten, die sich örtlich unserer Arbeit entgegenstellten. Wir müssen gerade der Jugend gegenüber immer und immer wieder unsere grundsätzliche Gegnerschaft gegen dieses Wirtschaftssystem herausstellen. Unser Ziel ist der Sozialismus. Das ist die revolutionäre Idee und das Ziel unseres gewerkschaftlichen Kampfes. Im Zusammenhang damit machte der Kollege die Jugendvertreter noch mit der gewerkschaftlichen Verreaktion unter den Jugendlichen, die in der Zeit vom Oktober und November 1932 stattfanden, bekannt. Die allgemeinen Richtlinien sind in den Verhandlungszeitungen nachzulesen, das was örtlich getan werden muß, haben die Ortsverwaltungen mit den Jugendlichen gemeinsam in die Wege zu leiten. Es ist selbstverständlich, daß sich alle unsere jüngeren Mitstreiter an dieser Agitation beteiligen. Zur Belebung unserer Jugendarbeit regt die Gauleitung die Bildung einer Gaujugendkommission an.

Nach einer im guten gewerkschaftlichen Geiste geführten Aussprache, die manche Anregung gab, wurden die Jugendgenossen Wilhelm Metz, Katzhütte; Heinrich Müller, Gräfenhain; Otto Fricke, Jena; Paul Gibson, Ilmenau, in die Gaujugendkommission, zur Unterstützung der Gauleitung, gewählt.

Die Sitzung klang aus in dem Gelübnis: „Wir wollen, daß es vorwärtsgeht!“

Freiheit!
Heinrich Müller.

Aufruf

Ein neuer Winter mit vermehrter und gesteigerter Not kündigt sich an. Millionen unserer Volksgenossen sehen ihm mit Bangen entgegen. Seit Jahren leisten sie fast Uebermenschliches im Ertragen.

Nicht nur die wirtschaftliche Not drückt auf die zahllosen Opfer dieser grausamen Wirtschaftskrise; hinzu kommt die geistige und seelische Not, hervorgerufen durch erzwungene Unfähigkeit, durch immer wieder enttäuschte Hoffnungen, durch die Zerstörung aller Zukunftspläne. Die Not nimmt ständig zu; sie ergreift immer weitere Bevölkerungsschichten, und im Einzelfall wird sie schärfer und drückender. Die Kraft des Ertragens aber wird schwächer, je länger die Not dauert. Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge und der Versicherung sind schon lange völlig unzureichend.

Millionen unserer notleidenden Klassen-genossen blicken auf die Organisationen der Arbeiterschaft und erwarten von ihnen auch in diesem Winter Beistand und Hilfe.

Die Arbeiterwohlfahrt rüstet zum Kampf gegen die Not. Die mitunterzeichneten Verbände erklären sich ihr solidarisch.

Wieder geht unser Appell an alle uns gesinnungsverwandten Angestellten, Beamten und Arbeiter und an alle Freunde der Arbeiterschaft.

Gibt für die Solidaritätshilfe!

Beweist durch die Tat, daß der Geist der Kameradschaftlichkeit trotz Not und Unterdrückung in der Arbeiterschaft lebendig ist dem je! In einer Zeit der sozialen Reaktion und tiefen Missetat bekennen wir uns zur Zukunft. Wir wollen helfen, daß das Millionenheer unserer notleidenden Brüder und Schwestern nicht mutlos wird. Wir wollen helfen, sie als Kämpfer für den Sozialismus zu erhalten!

Hauptverband für Arbeiterwohlfahrt:
Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Hauptverband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands.
Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

„Glauben Sie das nicht, Joan, ihre Solidarität ist eine Klassenangelegenheit, sie erstreckt sich nicht auch auf persönliche Affären. Jene Art von Frauen werden ihre Sympathien nie einer geschiedenen Frau zuwenden, viel eher fallen sie über die Betreffende her, und das Rudel der Männer folgt ihrem Beispiel. Helen Daere weiß das sehr wohl, und daher ihre Angst.“

„Gerry, warum tischen Sie mir in aller Herrgottsfrühe so viel schwere Philosophie auf?“ Joans Worte klangen ein wenig maliziös — weil sie sich unbehaglich fühlte.

Lübeck

Eine Sellenheit im Organisationsleben konnte unsere Zahlstelle Lübeck bei der Ehrung von 105 Jubilaren und beim 40jährigen Zahlstellenjubiläum feststellen. In der Ortsgruppe Rücknitz konnten zwei Kollegen, Vater und Sohn, ihre 25jährige und die Ehefrau und Mutter ihre 35jährige Zugehörigkeit zu unserem Verband festlich mit feiern. Unter den Jubilaren war ein Kollege mit 90 und zwei Kollegen mit 80 Lebensjahren. Wo der Organisationsgedanke familiär so hochgehalten und von den Alten so treu gewahrt wird, wird das Banner des Verbandes stehen, wenn der Mann auch fällt. Mitgliederzahl und Kasse haben sich in der Zahlstelle Lübeck im Jahre 1932 auch noch nicht verschlechtert.

Wiesau (Oberpfalz)

Auszahlung von Verbands-Unterstützungen:

- in Wiesau jeden Samstag von 12-13 Uhr im Konsumbüro;
- in Fuchsmühl jeden Samstag von 17 bis 18 Uhr bei Kollegen Schraml;
- in Schönwald jeden Sonntag von 10 bis 11 Uhr bei Kollegen Schreiber Treckob.

Die Verwaltung.

Briefkasten

Nach Salzingen, Haidemühl und Kiel. Der Redaktion sind Berichte sehr willkommen, wenn darin aber nur Konferenzen, Versammlungen, Filmvorführungen und Jubilareferien behandelt sind, muß, solange der „Keramische Bund“ erscheint, vom Abdruck Abstand genommen werden.

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 11 Ziffer 3 a und d, in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Detmold, Wilhelm Schröder, Buch-Nr. 1 196 611; Wiesau, Alois Eisenmann, Buch-Nr. 1 033 756; Josef Ulfert, Buch-Nr. 904 939; auf Grund des § 14 Ziffer 3 a, in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Ladenburg, Willy Lulay, Buch-Nr. 668 011; Hannover, Andreas Göhmann, Buch-Nr. 737 701.